

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Minister,

erlauben Sie uns, dass wir Ihnen und Ihren mitfühlenden Menschen, die in all den traurigen und schrecklichen Momenten bei den Menschen in Afghanistan waren, unseren Dank übermitteln.

Wie Sie wissen, sind seit dem Zusammenbruch des republikanischen Systems und der anschließenden Herrschaft der Taliban alle fortschrittlichen und demokratiefreundlichen Kräfte [Menschen] gezwungen, Afghanistan zu verlassen. Unterdessen werden Menschenrechtsaktivist*innen, Verteidiger*innen der Frauenrechte, [Angehörige] ethnischer und religiöser Minderheiten, Aktivist*innen der Zivilgesellschaft, Journalist*innen sowie [ehemalige] Sicherheits- und Verteidigungskräfte Afghanistans am stärksten von den Taliban bedroht und verhört. Sie werden mit dem Vorwurf konfrontiert, sich des Verbrechens der Zusammenarbeit mit westlichen Ländern und der Förderung von Werten wie Demokratie, Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Frauenrechte schuldig gemacht zu haben. Die Mehrheit von ihnen, die in Afghanistan bleibt, lebt im Geheimen und ihre mentale, psychische und wirtschaftliche Lage ist erbärmlich.

Neben der Evakuierung Tausender afghanischer Bürger*innen gibt es immer noch Tausende von Menschenrechtsaktivist*innen, Frauenrechtler*innen, Journalist*innen, Schriftsteller*innen sowie Sicherheits- und Verteidigungskräfte, die an der Seite Ihrer Streitkräfte in Afghanistan für die Werte der Menschenrechte gekämpft und sich aktiv am gemeinsamen globalen Kampf gegen den Terrorismus beteiligt haben. Sie leben nun in einer schwierigen Situation in den Nachbarländern, insbesondere in Pakistan, Iran und der Türkei, weil die meisten unter ihnen keine finanziellen Ressourcen mehr zum Überleben in diesen Ländern haben. Sie sind allen möglichen Gefahren und ernsthaften Bedrohungen ausgesetzt. Allaha Delavarzi war eine Frau, die von Saeed Khosti, dem ehemaligen Sprecher des Innenministeriums der Taliban, zwangsverheiratet wurde. Sie floh nach Pakistan und wurde dort im November 2022 aus dem Herzen Islamabad von der Taliban zurück nach Afghanistan entführt und sitzt seitdem im Gefängnis der Taliban. Die Mehrheit von uns, die sich in Pakistan aufhalten, hat Angst um ihr Leben, weil die Taliban in Pakistan freie Hand haben und sie mit der Umgebung dieses Landes vertraut sind.

Afghanische Menschen- und Frauenrechtler*innen, Journalist*innen und Sicherheitskräfte sind dem Risiko ausgesetzt, bei Grenzübertritt nach Pakistan dort inhaftiert und auf die schwarze Liste gesetzt zu werden. Die neue pakistanische Regierung setzt eine restriktive Einwanderungspolitik um. In dieser prekären Situation benötigen wir, die in Afghanistan verfolgt werden und mangels Alternativen u.a. nach Pakistan fliehen mussten, Ihre volle und ernsthafte Aufmerksamkeit.

Wir fordern Sie und die deutsche Bundesregierung auf, uns gegenüber Humanität walten zu lassen. Konkret bedeutet dies, dass die deutsche Bundesregierung uns Bedrohte, die sich in Pakistan in einer ausweglosen und lebensbedrohlichen Situation befinden, durch eine Sonderaktion aufnehmen.

Im Namen aller bedrohten in Pakistan gefährdeten Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen, Frauen und ehemaligen afghanischen Sicherheitskräften:

██████████, Analyst und leitender Reporter der Tageszeitung ██████████

██████████ Polizeibeamter des *Innenministeriums der ehemaligen afghanischen Regierung*

